

Haushaltsanträge 2011

gemeinsame Anträge der CDU- und der FDP-Fraktionen in der
Stadtverordnetenversammlung zum Flörsheimer Haushalt des Jahres 2011

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgende **Anpassung im Haushalt** vorzunehmen:

a.) Zur Sicherung der finanziellen Grundlagen der Stadt Flörsheim am Main reduziert die Stadtverordnetenversammlung die vorgesehenen Investitionen.

- Stadtplanungskosten von 80.000 EUR auf 60.000 EUR

Sach- und Dienstleistungskosten

Reduzierung des Ansatzes um 154.400,- EUR

unter Sach- und Dienstleistungen von 5.254.400,- EUR auf 5.100.000,- EUR zu reduzieren.

Seite 138, Produkt 01.40.04 Flughafen

Reduzierung des Ansatzes unter Pos. 13

Der Haushaltsansatz wird von 244.400,- EUR auf 140.000,- EUR reduziert, beziehungsweise Reduktion nach 3. Fortschreibungsliste von 169.400,- EUR auf 140.000,- EUR.

Seite 240, Produkt 03.02.06.00 Verkehrslenkung

Reduzierung des Ansatzes unter Pos. 9

Der Haushaltsansatz wird von 69.500,- EUR auf 0,- EUR reduziert.

Seite 418, Produkt 07.30.10 Hochbau

Reduzierung des Ansatzes unter Pos. 6

Der Haushaltsansatz wird von 600.000,- EUR auf 350.000,- EUR reduziert.

Seite 442, Produkt 07.40.01 Tiefbau

7457 - Reduzierung des Ansatzes unter Pos. 6

Der Haushaltsansatz wird von 24.000,- EUR auf 0,- EUR reduziert.

7458 - Reduzierung des Ansatzes unter Pos. 6

Der Haushaltsansatz wird von 18.000,- EUR auf 0,- EUR reduziert.

b.) Bei allen Anschaffungen soll die Option Leasing – sofern praktikabel, zum Beispiel bei Fahrzeug-, IT- oder Softwarebeschaffung – zuerst geprüft werden. Dies gilt insbesondere für die Haushaltspositionen:

- Informationstechnik 01.02.01.00: 66.400,- EUR
- Mannschaftstransportfahrzeug 03.03.01.00: 120.000,- EUR
- Erwerb von Software 60.900,- EUR

Die Ansätze bleiben im Haushaltsplan bestehen. Entscheid über Kauf oder Leasing über Magistrat, dem eine kurze Erläuterung zum geprüften Leasing vorzulegen ist.

c.) Grundstücke dürfen nur gekauft werden, wenn vor dem Kauf ein gleichrangiger Verkauf eines Grundstücks oder einer Immobilie vorgenommen worden ist.

- Grundstücksangelegenheiten 400.000,- EUR

2. Prüfauftrag Sanierungsmöglichkeiten Trauerhalle Weilbach

Während einer Begehung des Ortsbeirats Weilbach auf dem Weilbacher Friedhof fiel die sanierungsbedürftige Front-Fenster-Fassade der Trauerhalle auf. Putz und Beton lösen sich von den korrodierenden Armierungseisen und fallen auf den Vorplatz. Durch die damit entstandene Undichtigkeit der Rahmenkonstruktion dringt Wasser bei Regen in das Innere und staut sich auf der Empore.

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat mit der Prüfung, ob ein dringender Sanierungsbedarf gegeben ist und in welcher Höhe dieser quantifiziert wird. Das Ergebnis ist dem Bau-, Verkehr- und Umweltausschuss im Laufe des Jahres zu präsentieren. Haushaltsmittel werden für 2011 nicht eingestellt.

3. Bildung einer Verkehrswege- und Sanierungsmanagement-Kommission und Einführung eines Sanierungsmanagements, des so genannten Pavement-Managements

Übertrag der für 2010 beantragten Haushaltsmittel

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, für den Aufbau eines Sanierungsmanagements die für 2010 eingestellten Haushaltsmittel in Höhe von 15.000,- EUR in den Haushalt 2011 zu übertragen.

Das Sanierungsmanagement wird den Ansatz „Pavement-Management“, die Aufgabe der ehemaligen „Lochkommission“ für die Straßen- und Gehwegsanierung umfassen. Gemeinsam mit Bürgermeister Antenbrink soll ein Sanierungsmanagement aufgebaut werden, was die Facetten der Sanierungsbedürftigkeit einschätzt, der Finanzsituation ins Verhältnis setzt und die Vorgehensweise bei kleineren Maßnahmen vereinfacht.

4. Ehrenamtsförderung (Fortschreibung des Antrags von 2010 auf 2011)

Einführen eines Ehrenamtssparbuchs zur Stärkung des Ehrenamts

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, für diese Maßnahme zweckgebunden ein Budget in Höhe von 10.000,- EUR im Haushalt einzusetzen und ein Konzept in Zusammenarbeit mit dem Main-Taunus-Kreis zu erstellen und dies in den Ausschüssen zu beraten. Die Haushaltsmittel waren für 2010 bereits beantragt.

5. Interkommunale Zusammenarbeit

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, folgende Möglichkeiten einer interkommunalen Zusammenarbeit zu prüfen. Die in dem Bericht dargelegten Möglichkeiten sind nicht weitgehend genug. Insbesondere durch die Notwendigkeit, einen neuen Standort für den Bauhof zu finden, ist das Thema interkommunale Zusammenarbeit wichtig:

- gemeinsame Nutzung des Bauhofs mit der Stadt Hochheim am Main
- Zusammenarbeit der Kämmerei mit einer anderen Stadt
- Zusammenarbeit des Hoch- sowie Tiefbauamts mit der Stadt Hochheim am Main oder/und Hattersheim
- Zusammenarbeit des Sozialamts mit der Stadt Hochheim am Main oder Hattersheim
- grundsätzliche Möglichkeiten einer nachhaltigen interkommunalen Zusammenarbeit prüfen
- prüfen zur Ausweisung und Etablierung gemeinsamer Gewerbegebiete

Die interkommunale Zusammenarbeit ist gerade in diesen Zeiten eine wirksame Methode, um mittel- bis langfristig hohe Einsparungen zu erzielen. In der Gebietsstruktur des polyzentrischen Rhein-Main-

Gebiets, wo wenige Kilometer entfernt die nächste Kommune grenzt, ist das Vorhalten eigener Strukturen, wie wir sie aus den letzten 20-30 Jahren kennen, nicht mehr angebracht. Für eine enge und intensive Zusammenarbeit spricht, dass aufgrund der geografischen Nähe und Vergleichbarkeit der örtlichen Gegebenheiten die Aufgaben zweier Kommunen sinnvoll durch ein Amt betreut werden können. Die für den Haushalt 2011 effektiven Einsparmöglichkeiten dürften gering sein, die Planung für eine Nachhaltigkeit wird der Stadt mittel- bis langfristig allerdings einen siebenstelligen Vorteil in Euro ermöglichen.

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, eine Arbeitsgruppe für die interkommunale Zusammenarbeit einzusetzen, bei der neben den Fraktionen und der Verwaltung auch Experten eingeladen sind. Zur Haushaltsberatung 2012 ist in der AG sowie in den Ausschüssen dazu zu berichten.

6. Hotspot in der Stadthalle

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, mit den Mobilfunk Providern (T-Mobil, Vodafone) über die Installation eines WLAN-Hotspots zu verhandeln. Die Stadthalle wird schon heute von großen Unternehmen für Tagungen, Kongresse, Seminare, Messen und Feiern gebucht. Eine Internetverbindung über einen der großen Mobiltelefonanbieter wird die Attraktivität der Stadthalle als Tagungsort weiter erhöhen. Hierfür sind 1.000,- EUR Investitionszusage als städtischen Anteil in den Haushalt einzustellen. Dies als Vorsorgeansatz, falls Haushaltsmittel für den Hotspot notwendig werden würden.

Flörsheim am Main, 7. Februar 2011

Marcus K. Reif
CDU-Fraktionsvorsitzender

Dr. Dieter Janzen
FDP-Fraktionsvorsitzender